

Herrn  
Oberbürgermeister  
Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

FRAKTION LEVERKUSEN

Friedrich-Ebert-Straße 96  
51373 Leverkusen  
Telefon: 02 14 / 406-87 20  
Telefax: 02 14 / 310 07 22  
info@cdufraktion-lev.de  
http://cdufraktion-lev.de

Unser Zeichen: ta / te

Leverkusen, 5. Juli 2018

## Zukünftiges Vorgehen bei Verfahren mit Preisgerichten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates – in gemeinsamer Beratung mit der Vorlage 2018/2243.

Die Verwaltung ändert Preisgerichtsverfahren in Absprache mit den Fördergebern und der Bezirksregierung wie folgt:

**Um zukünftig bei Preisgerichtsverfahren nicht – wie im aktuellen Fall ZOB Wiesdorf – ab dem Moment gezwungen zu sein, eine „Idee“ umzusetzen, ab dem die Jury ein Urteil fällt, wird das Verfahren modifiziert.**

- 1. Das Preisgericht entscheidet nicht über den Gewinner des Verfahrens, sondern kürt einen „Favoriten“. Damit geht keine Gewährleistung einher, dass der Favorit umgesetzt wird, mögliche Regressansprüche gibt es nicht.**
- 2. Die Verwaltung macht Vorschläge, in welcher Form der Favorit gekürt wird (Prämie).**
- 3. Die Verwaltung prüft daraufhin detailliert die Kosten für den Favoriten-Entwurf.**
- 4. Erst dann wird den politischen Gremien ein Planungsbeschluss auf Grundlage des Favoriten mit genauer Kostenschätzung vorgelegt.**
- 5. Ein Baubeschluss wird erst in einer weiteren Vorlage gefasst.**
- 6. Sollte der Favoriten-Entwurf nach genauer Kostenschätzung aus diversen Gründen nicht umsetzbar/finanzierbar sein, werden alternative Vorschläge geprüft (Platz 2) oder ggf. Abstand genommen von den eingereichten Entwürfen.**
- 7. Sollte der Fördergeber und oder die Bezirksregierung auf das Preisgerichtsverfahren nach heutigem Stand bestehen, führt die Verwaltung Gespräche, die die Folgen des bisherigen Verfahrens aufzeigen und bittet ihrerseits um Vorschläge der Fördergeber/Bezirksregierung, wie zukünftig Kostensicherheit für Kommunen erlangt werden kann, bevor Regressansprüche entstehen und ein „Zurück“ wirtschaftlich nicht mehr möglich ist. Hierbei könnte ein „nicht normiertes Angebotsverfahren“ thematisiert werden. Dabei zahlt die Stadt die teilnehmenden Architekten nach HOAI für die jeweiligen Entwürfe. Diese vermeintlich hohen Kosten zu Beginn des Verfahrens ermöglichen dem Rat im Anschluss aber zu jedem Zeitpunkt**

**eingzugreifen, Entwürfe zu ändern und eigenhändig das umzusetzen, was der Rat für wirtschaftlich und qualitativ möglich hält.**

Begründung:

Das Beispiel „ZOB Wiesdorf“ hat gezeigt, dass das bisherige Verfahren anfällig ist für falsche/verspätete Kommunikation, Zwänge zur Umsetzung und extrem enge Handlungsspielräume für die Politik. Letztere hat mit ihren Beschlüssen die Dinge zu verantworten – hat gleichzeitig aber keinen Einfluss auf die Informationsquellen bzw. zeitliche Abläufe. Es kann nicht sein, dass die Politik zum „Abnicken“ gezwungen ist, weil die Dinge bereits so weit vorangeschritten sind, dass jegliche Abkehr die Stadt nur noch teurer zu stehen käme.

Zukünftig sollen nach wie vor Preisgerichtsverfahren ausgetragen werden, wenn es darum geht, städtebaulich signifikante Orte in der Stadt mit sehr guten Ideen zu gestalten. Lediglich das Verfahren der Umsetzung muss verändert werden, damit der Rat der Stadt handelnder Souverän bleibt und jederzeit eingreifen und Modifikationen vornehmen kann. Dazu dienen unsere Vorschläge. Sollten die Fördergeber und oder die Bezirksregierung anderer Auffassung sein, so dürfen wir erwarten, dass ihrerseits Vorschläge gemacht werden, wie solche unschönen und darüber hinaus wirtschaftlich negativen Situationen zukünftig ganz klar vermieden werden können. Als Beispiel ist hier das „nicht normierte Angebotsverfahren“ zu sehen.

Freundliche Grüße



Thomas Eimermacher  
(Fraktionsvorsitzender)